

Brüder, zur Sonne ...

Schröders machiavellistischen Überraschungscoup machte den NRW-Wahlabend zu seiner Bühne. Dieses eine Mal war die Politik kraft ihrer Einsicht in die eigene Lage allen Kommentatoren voraus. Es war zu studieren, wie ein Schachzug aus politischer Leidenschaft das gesamte eingespielte Kalkül der Berücksichtigung politischer Interessen aus den Angeln hebt. Nicht der politische Unternehmer, der wie alle anderen nur an sich und seinen Vorteil denkt, sondern der politische Virtuose, der sich an Fortuna mißt, war der Sieger des Abends - und zwar ein politischer Virtuose, der an einem noch so unwahrscheinlichen Ausweg aus einer hoffnungslosen Lage mehr interessiert war als an einem Erfolg für seine Partei. Aber auch politisch ist das ganze höchst spannend: Was steht zur Entscheidung? Was ist links und was ist rechts zu wählen, das müßte sich einer neuen und nachhaltigen Prüfung unterziehen. Aber was auch immer zur Wahl steht und wie auch immer die Entscheidung am Ende ausgeht, bereits die Vorziehung des Wahltermins wird im Lande einen Knoten (und Schlein) lösen und eine Bresche schlagen. Schon dafür wird das Wahlvolk Schröder dankbar sein. Endlich passiert was, endlich wird was aufs Spiel gesetzt, endlich dauert nicht mehr alles so endlos.

Der Ermattungsstrategie überdrüssig,

sucht der Kanzler die Entscheidungsschlacht. Alle historische Erfahrung aber zeigt: Das sichert ihm zwar den historischen Nachruhm, in der Gegenwart wird es den Machtverlust aber nur beschleunigen. Die Dramatisierung der Politik schafft sich ihre Enttäuschungen selbst. Wahlkämpfe sind jene sublimierte Form des Krieges, die sich Demokratien um ihres lieben Friedens willens von Zeit zu Zeit leisten müssen. Mit anderen Worten, sie sind die Fortsetzung des politischen Verkehrs unter Einmischung anderer Mittel. Zwar kommt es - hoffentlich - nicht zur Anwendung körperlicher Gewalt, doch die Mechanismen ähneln sich: die klare Scheidung von Freund und Feind, die Konzentration der Mittel auf ein einziges Ziel, das Verhältnis von taktischen Kniffen zur strategischen Absicht.

Des Kanzlers Präventivschlag

Gerhard Schröder hat sich jetzt zum Präventivkrieg entschlossen. Statt sich in der politischen Auseinandersetzung bis zum regulären Wahltermin auf eine Ermattungsstrategie einzulassen, sucht er die Entscheidungsschlacht - und glaubt, er könne dadurch Stärke demonstrieren. Und, was am Rande ganz nebenbei auch demonstriert wird, ist, wie Angela Merkel eine nach der anderen - im unionsdominierten Bundesrat bislang von der CDU blockierte - Positionen gar nicht anders kann, als aufzugeben. Und - zum Beispiel - dies: Auch eine CDU-Regierung in Berlin hätte die Antidiskriminierungsvorhaben aus Brüssel genauso in deutsches Gesetz überführen müssen, wie eine rot-grüne Regierung, die dafür schwer kritisiert wurde.

Die aufgepeitschte Polemik, die kürzlich durch die Medien waberte, war zwar insofern bemerkenswert, als sie die neue Lust am Unterschied, an Elite undrituellen Formen zum Teil recht schamlos als weltanschauliches Bekenntnis verpackte.

Entscheidend aber bleibt: So konservativ, wie die Konservativen sich hierzulande gerieren, können sie auf europäischer Ebene gar nicht handeln. Rhetorische Rückzieher werden derzeit gerade mehr oder weniger klammheimlich gerade getätigt. Es ist nicht aller Tage Abend ...

Taktische Raffinesse ?

Jenseits aller taktischen Raffinesse, die Münteferings und Schröders Ankündigung, mit der Vertrauensfrage im Bundestag für den Herbst Neuwahlen einzuleiten, auch haben mochte, ist ihr Schachzug vor allem eine politisch selbstbewußte Entscheidung. Sie übertragen die Frage der politischen Führung dem demokratischen Souverän, gegen dessen Stimmungslage sie nicht länger anregieren können und wollen.

Die Getriebenen haben die Chance ergriffen, noch einmal Treibkraft zu sein. Sie verleihen so dem durchaus volksnahen Gefühl Ausdruck, einfach mal hinzuschmeißen. So gesehen ist das NRW-Wahlergebnis nicht Vollzug einer politischen Lage, sondern Ausgangspunkt einer neuen Konstellation, die Politik zumindest kurzzeitig wieder als Geschäft mit Optionen und nicht bloß als Lauftrad der Sachzwänge erscheinen läßt. Der Wahltag jedenfalls wurde auf ganz andere Weise als vorhergesehen zum Tag der Entscheidung.

Politik in Phasen

Wer aber ist der Souverän, dem nun mit großer Wahrscheinlichkeit das Wort gegeben wird? Obgleich er seit jeher viel befragt worden ist, konnte man ihn bislang am besten daran erkennen, daß er den von ihm gewählten Regierungen stets hinreichend Zeit zur politischen Gestaltung ließ. Die Geschichte der Bundesrepublik ist eine des gleichmäßigen politischen Atmens. Die Wechsel von christlich-sozial zu sozial-liberal und zurück und schließlich zu rot-grün vollzogen sich im Rhythmus eines gemächlichen Ein- und Ausatmens. Phasen des Aufbaus und der Bestandssicherung folgten nach 1968 das Bedürfnis nach nachholendem sozialen Wandel. Vorher wurde regiert, für Willy Brandt galt es, mehr Demokratie zu wagen. Der langen Ära Kohl, die für die Bundesrepublik bei allen restaurativen Begleiterscheinungen auch eine Art zweite Moderne einläutete, folgte die nachträgliche Profilierung einer politischen Generation, die beinahe von der Geschichte übergangen worden wäre.

Doch die Republik ist seither merklich unruhiger geworden. Nimmt man die Zeit der großen Koalition von 1966 bis 1969 als politische Ausnahme, so stellt die Phase der rot-grünen Koalition von 1998 bis 2005 die kürzeste Regierungszeit eines Bündnisses in der Geschichte der Bundesrepublik dar. In den kommenden Wochen dürfte allerhand geistige Energie auf die Frage verwandt werden, inwieweit das politisch-ökologische Projekt von Rot-grün gescheitert ist, obschon es vielleicht doch historisch notwendig war.

Ausgezehrt, aber keiner merkt's ? Mit der in der Rückschau auffälligen Gelassenheit, die zu den langen bundesrepublikanischen Regierungsperioden beigetragen hat, dürfte es vorerst vorbei sein. Das hat gewiß viel mit einem drohenden sozialen Wandel zu tun, dem Rot-grün - mehr gequält als gewollt - mit dem Stichwort Hartz IV die prägende Vokabel verliehen hat. Wirtschaftliche Phasen der Stagnation aber haben zuvor keineswegs politische Wechsel eingeläutet. Es könnte der politische Wechsel selbst sein, der inflationär wird. Nach dem Ende der Ära Kohl schien die CDU auf längere Zeit meilenweit von einer baldigen Rückkehr zur Macht entfernt zu sein. Politische Lethargie, eine ausgebreitete Nachwuchsgeneration und die Parteipendennaffäre hatten die CDU innerlich zerstört und nach außen zur Tatenlosigkeit verurteilt. Daß sie schon bald danach in zahlreichen Landtagen wieder als echte Alternative gehandelt werden konnte, entsprach nicht der politischen Realität. Personell wirkt die Partei - das offenbart auch die NRW-Wahl - bis heute ausgezehrt.

Drei-Punkte Programm der SPD

Am 142. Geburtstag seiner Partei eröffnete der SPD-Chef den Wahlkampf für die SPD und Schröder als Kanzler mit drei Hauptpunkten: erstens „Sozialer Fortschritt“. Hierunter seien vor allem Bildung und Innovation zu verstehen. Die Verkaufsformel „Erneuerung und Zusammenhalt“ gemahnt nicht von ungefähr an das SPD-Wahlversprechen anno 1998, „Gerechtigkeit und Innovation“.

Zum Zweiten die Agenda 2010, zu der „das eine oder andere dazu“ komme: zum Beispiel die geplanten Steuererleichterungen für Unternehmen. Hier werde - nur so weit griff Müntefering seine über Wochen betriebene „Kapitalismuskritik“ selbst auf - auch an die Verantwortung der Wirtschaft erinnert.



Zum dritten werde im Wahlkampf die Rolle „Deutschlands in der Völkergemeinschaft, in Europa“ sowie als „Friedensmacht“, die auch nach innen „tolerant“ sei, thematisiert. Zu diesen drei Feldern soll es ein „Wahlmanifest“ geben. Das Wahlmanifest wird als eine Kurzfassung des Parteiprogramms auf einem vorgezogenen Parteitag der SPD verabschiedet.

Womit - neben vielem anderen - auch der seit einem Jahr gehegte Plan, bis zu einem Parteitag im November ein neues Parteiprogramm zu schreiben, gekippt wäre. Zwar liege die Entscheidung beim Vorstand, sagte Müntefering. Doch dieser werde sich ihm bestimmt darin anschließen, daß man Manifest und Programm „nicht unnötig doppeln darf“.

Mit dem Manifest will die SPD über den „Kern“ der politischen Fragen streiten, sagt Müntefering. Erstmals, aber doch nur am Rande, nannte er hier den Gegensatz, mit dem die SPD sich vor allem von der Union abzugrenzen haben wird: „Bürgerversicherung oder Kopfpauschale“, also mehr Umverteilung in der Sozialversicherung - oder freie Bahn für deren Privatisierung.

Eine Kabinettsumbildung schlossen Müntefering wie Regierungssprecher Béla Anda aus. Frische Minister-Gesichter brauchen die Wähler also bis zum September nicht zu erwarten - bestenfalls Personalversprechen, die der amtierenden Riege so wenig wie möglich schaden. Was konkrete Gesetze angeht, so der Regierungssprecher, für alles schon auf den Weg Gebrachte - Antidiskriminierungsgesetz, Steuersenkungen, Pflegereformkonzept und Haushaltsplan 2006 - bleibe der „Zeitplan so wie beschlosssen“. Doch Müntefering stellte dies in Frage: Es sei sinnlos, „Dinge zu beginnen, die wir in dieser Legislatur nicht zu Ende führen können“.

Das Wahlvolk soll antworten: „Wer soll bestimmen - soll das Gerd Schröder oder soll das Frau Merkel?“, deklarierte der SPD-Chef. Die Regierung jedenfalls wolle nicht mehr „im Schwitzkasten vom Bundesrat oder von Konstellationen welcher Art auch immer“ stecken.

Und die SPD-Linken ?

Mit diesen „Konstellationen“ waren die SPD-Linken gemeint. Die werden von vielen Seiten nun für des Kanzlers Entscheidung haftbar gemacht. Damit jedoch sehen sie sich selbst überschätzt.

Zwar hatte etwa das Präsidiumsmitglied Andrea Nahles angekündigt, sie und andere würden eine Wahlniederlage nutzen, um mehr linke Inhalte im Auftritt der Partei zu platzieren. Und Ottmar Schreiner hatte gar gedroht, die Fraktion mit anderen Getreuen zu verlassen und dadurch die knappe rot-grüne Mehrheit im Bundstag kaputtzumachen.

Jedoch wies Nahles das „groteske Gerücht“ zurück, wonach etwa ein Brief von ihr und einigen Landeschefs an den Kanzler eine Rolle bei dessen Entscheidung gespielt habe. Der Brief sei „erledigt“. Was nicht heißt, daß die Linken nun von ihren Forderungen abgehen: Wenn Müntefering bei seiner Präsentation eines Wahlkampfes dicht an Kanzlerkurs und der Agenda 2010 bleibe, sagte Nahles in einem Interview, „dann läuft's eben auf eine Konfrontation hinaus“.

Nur mit den von Müntefering genannten drei Punkten könne die SPD ihr soziales Profil nicht schärfen.

„Und ohne Polarisierung bringen wir doch auch die CDU nicht auf die Beine, um Ohrfeigen anzusetzen.“

Kein „Weiter so ...“

Klar sei, daß „eine Strategie des ‚Weiter so‘ nicht mobilisierungsfähig“ sei: „Das Korsett 2010 ist zu eng - wir müssen es nicht ablegen, aber an einigen Stellen aufschneiden.“

Auch Schreiner erklärte es zur „Kernforderung“, daß die SPD nun mit scharfem sozialpolitischem Profil angreife. Von Fraktionsaustritt war bei ihm keine Rede mehr, von Konfrontation auf der letzten Vorstandssitzung aber sehr wohl. Er nannte ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm, eine „klare Absage an die Kopfpauschale“ und Arbeitnehmerrechte.

Wenn Müntefering und Schröder gedacht haben sollten, mit dem Neuwahlen-Coup auch die Linke zu disziplinieren, so sind sie damit jedenfalls noch nicht weit gekommen. Sollten sie darauf setzen, daß die Linke die Sozialdemokratie für die Oppositionszeit neu erfinden - da dürften sie dabei sein.

Therapie für die Republik

Geht man davon aus, daß Schröder - könnte er, wie er wollte - eine Reformpolitik im Geiste Ludwig Erhards machen würde (und immerhin will er ja von der Linie auch im Wahlkampf nicht abweichen), geht man weiterhin davon aus, daß die CDU viele der Diagnosen Schröders teilt und in einigen bayerisch motivierten Fällen sogar klassisch-sozialistischer war als der Kanzler, dann erkennt man, was diese Wahl sein wird: Sie ist eine Therapie für ein Land, das nicht mehr weiß, was es denkt, was es fühlt und was wirklich ist.

Sozialstaatsrhetorik von seiten der mit 2, 2 Prozent ziemlich widerlegten „Wahlalternative Arbeit und Gerechtigkeit“, Münteferings Kapitalismuskritik - das alles wirkte ebenso wie Lafontaines bezeichnenderweise völlig überproportionierte öffentliche Rolle nicht mehr wie Politik, sondern wie die behaviouristischen Experimente einer Stimmungsdemokratie. Geht das noch, wie es Jahrzehnte ging: pseudo-soziale Rhetorik, die ihre Anwendbarkeit nicht beweisen muß? Oder soziales Gewissen, das eine Gesellschaft objektiv unsozial macht, weil es eben nicht Gewissen, sondern Ideologie und damit Macht geworden ist?

Die Versuche einer Revitalisierung der alten Ideologien sind, wie wir seit dem NRW-Wahlsonntag wissen, gescheitert. Zum erstenmal müssen Wähler gewonnen werden, ohne daß man sie dafür gleich belohnen wird. Letzten Endes veranschaulicht das alles die Verschiebung von der Meinungsdemokratie hin zu einer Stimmungsdemokratie. Sie verlangt von den Wählern weniger die freie Wahl und die entschiedene Behauptung eines souveränen Volkes; sie verlangt vielmehr einen „laschen Konsens“, eine gütliche Lösung für eine Bevölkerung, die nach den Exzessen der Meinungsumfragen allen möglichen Gehirnwäschungen ausgesetzt ist und die nur noch reflexhaft auf die jeweiligen Wahlfragen reagiert. So lange, bis morgen, nach den Fortschritten der elektronischen Demokratie in Echtzeit, unter dem Einfluß maßloser Reklame-Techniken, die Ära einer virtuellen Demokratie anbricht. Vielleicht ja gerade so, wie wir es bei der Wahl des Gouverneurs in Kalifornien erlebt haben. Schauen wir mal ...

Jürgen Gottschling

GARTENMÖBEL - Werksverkauf



Neu: verschiedene Komplettgarnituren zu günstigen Preisen

Verkauf von II a Waren und Restposten

74921 Helmstadt - Gelände Maschinen Wolf
Mo.-Fr. 09.00-18.30 Uhr Sa. 9.00-15.00 Uhr

Untere Straße 16
69117 Heidelberg
Fon 06221/22808
www.destilleonline.de

www.heisel.com

Individuell und persönlich...

...wir beraten Sie gerne.

PAUL & SHARK yachting

Hiltl HOSENMODE VOM BESTEN

LACOSTE

linea hB swiss made

...eben doch ein Unterschied

HEISEL HERRENMODE
Heidelberg Hauptstraße 48